ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Neummärker, Bernhard; Blum, Bianca; Schmidt, Enno

Research Report

Der Vorschlag eines Netto-Grundeinkommens

FRIBIS Policy Debate, No. 25. Oktober 2020

Provided in Cooperation with:
University of Freiburg, Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS)

Suggested Citation: Neummärker, Bernhard; Blum, Bianca; Schmidt, Enno (2020) : Der Vorschlag eines Netto-Grundeinkommens, FRIBIS Policy Debate, No. 25. Oktober 2020, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS), Freiburg

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/280310

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

FRIBIS

Freiburg Institute for Basic Income Studies

Der Vorschlag eines Netto-Grundeinkommen

Bernhard Neummärker, Bianca Blum*, Enno Schmidt**

als Sofort-Maßnahme zur Sicherung der Bevölkerung in der Krise –
ausbaufähig zu einem partizipativen Grundeinkommen nach der

Krise Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben Verdienstausfälle in weiten Kreisen der Bevölkerung zur Folge. Die existenzielle Auswirkung ist eine Einkommenskrise.

Hätten wir in Deutschland bereits ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), so wäre die Gesellschaft resilienter gegenüber dieser wie auch anderer Krisen. Eine Basiskaufkraft wäre gegeben, Handlungsfähigkeit bliebe erhalten, Unvorhergesehenes würde nicht im jetzigen Maße den Verwaltungsapparat überfordern und zu Lasten der Bevölkerung gehen.
Das Festhalten an bedarfsbezogener Hilfe ist verständlich, bedingt aber die Ermittlung des Bedarfs, Anträge, Prüfung und Kontrolle, verlangsamt und verteuert den Prozess erheblich und erreicht doch nicht alle, die dringend Hilfe benötigen.
Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein neuer Ansatz. Es ist nicht die Kapitulation vor der Bedarfsorientierung, sondern die Einsicht aus der Krise und dem allgemeinen Wandel.

Maßnahmenbedingt sind jetzt vor allem Erwerbseinkommen in Mitleidenschaft gezogen, während Kapitalerträge weniger betroffen sind. Dies führt zu einer asymmetrischen Verteilung der kriseninduzierten Lasten und somit zu einer asymmetrischen Risiko- und Lastenverteilung zwischen leistungsbezogenen und leistungslosen Einkommen, was der Umverteilung zugunsten der Kapitalerträge verschärft Vorschub leistet.

Das Modell des Netto-Grundeinkommens zeigt eine Möglichkeit auf, in der Krise zu einer schnellen Lösung dieser Probleme zu kommen, die zudem je nach Höhe des Betrages des Grundeinkommens Einsparungen im Vergleich zu den derzeitigen Ausgaben erlaubt oder Mehrausgaben in moderater Höhe bedingt. (siehe Gegenrechnung)

Das Netto-Grundeinkommen (NGE)

Jede erwachsene Person in Deutschland erhält einen Grundeinkommensbetrag von zwischen € 550 und € 700 im Monat während der Krise. Minderjährige erhalten die Hälfte.
Der ausgezahlte Geldbetrag ist der Netto-Anteil des Krisen-Grundeinkommens.
Zu einem Brutto ergänzt wird das Krisen-Grundeinkommen durch das Aussetzen von Miet-, Pacht-, Tilgungs- und Zinszahlungen. Neben dem ausgezahlten Geldbetrag steht somit die Einsparung für die Haushalte durch das Aussetzen der Miet-, Pacht-, Tilgungs- und Zinsverpflichtungen. Daher kann der ausgezahlte Netto-Anteil des Krisen-Grundeinkommens zur Deckung des minimalen Lebensbedarfes ausreichen.

Diese kurze Darstellung soll das Prinzip des Netto-Grundeinkommens deutlich machen. Bei der Umsetzung sind Anpassungen vorzunehmen. Es wird z.B. zu Differenzierungen kommen, in welcher Höhe Mietzahlungen auszusetzen sind und wo sie nicht auszusetzen sind. Differenzierungen und Anpassungen sind Gegenstand weiterführende Ausarbeitungen.

Nach der Krise bzw. mit der wieder Ansteigen wirtschaftlicher Dynamik kann das NGE zu einem vollen partizipativen BGE in Höhe von € 1.200 bis € 1.500 angehoben werden, während Miet-, Pacht- und Kapitaldienst im Gleichschritt damit sukzessive bis zur vollen Vertragshöhe wieder zu leisten sind.

*Götz Werner Professur für
Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

UNI FREIBURG